

Kosovo nach den Unruhen im März

Franz-Lothar Altmann / Dušan Reljić

Der Gewaltausbruch am 17. und 18. März im Kosovo hat eine Debatte darüber ausgelöst, ob die bisherige Politik der Internationalen Gemeinschaft versagt hat und nach dieser schlimmsten Krise seit Errichtung des UNO-Protektorats vor fünf Jahren geändert werden muß. In den meisten Kommentaren zu den Unruhen, in deren Verlauf UNMIK 19 Tote, Hunderte Verletzte, 4366 Vertriebene (darunter 300 Albaner), 30 zerstörte Kirchen und Klöster sowie mehr als 300 zerstörte Privathäuser zählte, findet sich das Votum für eine wie auch immer geartete Teilung des Kosovo. Was hat sich aber tatsächlich seit den Unruhen verändert, daß eine derartige Abkehr von der Vorstellung eines einheitlichen, multiethnischen Kosovo gerechtfertigt erscheint? Ist andererseits das Beharren der USA und der EU auf einer Weiterführung der bisherigen Politik mit der eingetretenen Entwicklung vereinbar?

Unverändert blieben zunächst die Positionen der beiden Konfliktparteien: Die Kosovo-Albaner bestehen auf bedingungsloser Unabhängigkeit und sehen weiterhin in der Formel »Standards vor Status« nur einen Versuch, ihre Selbständigkeit in eine ungewisse Ferne zu verschieben. Belgrad dagegen lehnt nach wie vor grundsätzlich jeden Gedanken an eine Unabhängigkeit Kosovos ab. Der UN-Sicherheitsrat, insbesondere aber die USA und die EU, hält an dem Konzept »Standards vor Status« fest, nun auch mit der Begründung, daß gerade die Standard-Defizite den Ausbruch der Gewalttätigkeiten erst ermöglicht hätten. Am 31. März wurde der Plan zur Umsetzung der Demokratie-Standards in Kosovo vorgestellt, so daß, wie zuvor vom amerikanischen Unterstaatssekretär Mark

Grossman verkündet, Mitte 2005 überprüft werden kann, ob tatsächlich eine Demokratisierung stattgefunden hat.

Was ist anders nach dem 17./18. März?

Die albanische Seite

Mit der Explosion der Gewalt gegen die serbische Minderheit haben die Kosovo-Albaner das von ihnen gepflegte Opfer-Image zerstört. Bis dahin hatte dieses Image ihrer Forderung nach Selbständigkeit Nachdruck verliehen. Zugleich scheint sich gezeigt zu haben, daß die als gemäßigt geltenden albanischen Politiker, von denen der Westen einen nachhaltigen Beitrag zum Aufbau eines multiethnischen Kosovos

erwartet, von zahlreichen Untergrundkräften verdrängt oder zur Radikalisierung getrieben werden können. In jüngster Zeit wurde mehrfach deutlich, daß halblegale und illegale Organisationen wie die Volksbewegung für Kosovo, die Albanische Nationalarmee (ANA) oder die offiziell aufgelöste UÇK in der Lage sind, Massendemonstrationen und andere Formen von »direkten Aktionen« mühelos in kurzer Zeit zu organisieren. Die führenden offiziellen kosovo-albanischen Politiker zeigten sich von den Ereignissen überrascht und bekannten, daß es nicht in ihrer Macht stehe, die Übergriffe zu beenden. Aus ihren Reihen war vielmehr die Forderung nach einer sofortigen Ausrufung der Unabhängigkeit zu vernehmen, um so den »gerechten Zorn« der Demonstranten zu besänftigen. Als unmißverständliche Warnung wurde kurz vor dem Ausbruch der Demonstrationen auf das Haus des Kosovo-Präsidenten Ibrahim Rugova ein Anschlag verübt.

Die offensichtliche Mühelosigkeit, mit der nach UNMIK-Angaben in Kosovo mindestens 50 000 Menschen für gewalttätige Ausschreitungen mobilisiert werden konnten, muß im benachbarten Makedonien, in Südserbien und Ost-Montenegro Anlaß zu Beunruhigung geben. Die Zerstörungen serbischer Kulturgüter im Kosovo provozierten die Inbrandsetzung von Moscheen in Belgrad und Niš, aber auch in Kumanovo in Mazedonien, als Reaktion darauf wiederum das Niederbrennen einer orthodoxen Kirche in Bugojno in Bosnien.

Der Zweck der Übergriffe, die nach Angaben von KFOR und UNMIK koordiniert wurden, bestand offenbar darin, die Zusammenarbeit der »offiziellen« albanischen Politiker mit den UN und den westlichen Vertretern zu desavouieren, den unter internationaler Obhut laufenden politischen Prozeß aus der Bahn zu werfen und auf die bisher im Untergrund agierenden Akteure als durchaus zu berücksichtigenden Faktor aufmerksam zu machen.

Die serbische Seite

Der national-konservative neue serbische Premier Vojislav Koštunica hatte schon in seiner Regierungserklärung im Februar der »Rettung« Kosovos hohe Priorität eingeräumt. Die März-Krise gab ihm Gelegenheit, aktiv zu werden. Allerdings erwies sich seine Forderung nach einer »Kantonisierung« oder einer anderen Form der Aufteilung der Provinz, die den ethnischen Gegebenheiten Rechnung tragen sollte, als politische Fehlzündung. Umgehend wurde seinen Vorstellungen in Brüssel wie auch in Washington eine Absage erteilt. Es ist wohl nur ein schwacher Trost für Koštunica, daß auch westliche diplomatische Vertreter am 31. März in Prishtina anläßlich der Vorstellung des Plans zur Umsetzung der Standards von der Notwendigkeit einer Dezentralisierung gesprochen hatten. Der Versuch, nationale Rhetorik endlich mit politischen Taten zu untermauern, verpuffte in kürzester Zeit. Koštunica ist insofern erneut mit der Frage konfrontiert, wie er sein Image als weltfremder und politisch wirkungsloser Wortmensch überwinden soll. Dies könnte für ihn zu einem existentiellen Problem werden, sollte seine von der Milošević-Partei geduldete Minderheitsregierung noch mehr in Schieflage geraten und eine neue Koalitionsbildung erforderlich werden.

Vor allem zeigte sich, daß Koštunica nicht das uneingeschränkte Vertrauen der Kosovo-Serben genießt: Oliver Ivanović, ein maßgebender Politiker aus der geteilten Stadt Kosovska Mitrovica, bezeichnete die gesamte Status-Debatte als Nebelwand, hinter der die »ethnische Flurbereinigung« im Kosovo und die Vernichtung der serbischen Kulturgüter weiter vorangetrieben würden. Damit wollte er Belgrads Politik als wirkungslose Rhetorik bloßstellen. Eine weitere Zusammenarbeit mit der Provisorischen Regierung in Prishtina wird zur Zeit von Ivanović und den von ihm repräsentierten Kräften ohnehin abgelehnt.

UNMIK und KFOR in einer neuen Rolle?

Die wohl bedeutsamste qualitative Veränderung betrifft aber das Verhältnis zwischen KFOR und UNMIK auf der einen und den Bevölkerungsgruppen auf der anderen Seite. Während der Unruhen wurden insgesamt rund 150 internationale Friedenssoldaten verletzt, als sie versuchten, die Auseinandersetzung zwischen Serben und Albanern zu beenden. Zwei UNMIK-Polizisten, ein Kosovare und ein Ghanaer, erlagen ihren Verletzungen, nachdem sie in der Nähe von Podujevo, einer UÇK-Hochburg, unter Feuer genommen wurden. Die albanische Bevölkerungsgruppe verweigert der UNMIK-Polizei Informationen über Straftaten, deren Verursacher vermutlich Albaner sind. Internationale Friedenstruppen haben ihrerseits mindestens drei gewalttätige Albaner erschossen. Als Folge ist jetzt zwischen Kosovo-Albanern und der internationalen Friedenstruppe eine spürbare Entfremdung, wenn nicht sogar Feindseligkeit entstanden. Dabei hatten bereits vor den Unruhen führende kosovo-albanische Politiker durch wiederholte verbale Angriffe gegen UNMIK und KFOR eine Distanzierung der Bevölkerung gegenüber der internationalen Verwaltung bewirkt.

Obwohl UNMIK und KFOR versagten, als es darum ging, die wenigen verbliebenen serbischen Enklaven im zentralen Teil Kosovos zu schützen, scheint die KFOR jetzt allerdings zumindest von den Serben im Norden der geteilten Stadt Kosovska Mitrovica als Schutzmacht akzeptiert zu sein – sie hat den sturmartigen Einfall der albanischen Demonstranten in den Norden der Stadt mit größtem Einsatz verhindert. Als nach den Unruhen zwei französische KFOR-Soldaten im Norden Mitrovicas von einem aus einem zentralserbischen Gefängnis entflohenen Häftling mit einer Handgranate verletzt wurden, wurde der Täter umgehend von der Bevölkerung gefaßt und KFOR übergeben.

Ausblick

Weder Belgrad noch Tirana oder Prishtina sind derzeit an einer Eskalation des Konflikts interessiert. Deshalb ist zu erwarten, daß die bereits aufgenommenen technischen Verhandlungen zwischen Belgrad und Prishtina fortgesetzt werden, parallel zur Umsetzung der Demokratie-Standards für Kosovo im Einklang mit dem neuesten UN-Plan. Allerdings kann der politische Prozeß, wie die Ausschreitungen im März gezeigt haben, jederzeit zum Stillstand gebracht werden. Vor den Präsidentenwahlen in Serbien, die vermutlich Mitte Juni stattfinden werden und bei deren Wahlkampf das Kosovo sicherlich eine Rolle spielen wird, sind weitere Vorfälle im Kosovo nicht ausgeschlossen. Vereinzelt, gezielte Anschläge auf Serben und UNMIK/KFOR, die das Potential haben, schnell in Massendemonstrationen umzuschlagen, können sich täglich wiederholen. Eine noch weitergehende Eskalation kann im Wahlkampf im Vorfeld der Parlamentswahlen im Kosovo (23.10.2004) entstehen, wenn kosovo-albanische Politiker zwischen gemäßigter Vernunfthaltung und Druck seitens radikaler Kräfte einen unheilvollen, unglaublichen Spagat vollziehen müssen. Ob die serbische Minderheitsbevölkerung im Kosovo überhaupt an diesen Parlamentswahlen teilnehmen wird, ist zur Zeit mehr als fraglich.

In Serbien haben die Kosovo-Ereignisse eine rechtslastige nationale Homogenisierung bewirkt, die sich bei den Präsidentschaftswahlen noch verstärken kann. Derzeit ist kein Herausforderer in Sicht, der den Kandidaten der extremistischen nationalistischen Serbischen Radikalen Partei (SRS), Tomislav Nikolić, schlagen könnte – Koštunica hat zunächst eine Kandidatur ausgeschlossen.

In Montenegro ist Ministerpräsident Milo Đukanović offenkundig bemüht, die Debatte über eine Trennung von Serbien zu beschleunigen. Dadurch verschärft sich der Konflikt zwischen den »Independisten« und »Unionisten« (Befürworter einer Union mit Serbien). Die Haltung der albanischen Min-

derheit (sechs Prozent der Bevölkerung) gerät zunehmend in den Mittelpunkt der politischen Aufmerksamkeit, da ihre Stimmen bei einer etwaigen Volksbefragung über die Unabhängigkeit ausschlaggebend sein dürften. Im benachbarten Makedonien, wo der Konflikt zwischen der slawischen und albanischen Ethnie (etwa ein Viertel der Bevölkerung) mit größtem westlichem Einsatz unter Kontrolle gebracht wurde, droht jeder noch so kleine Zwischenfall in erneute Destabilisierung zu münden. Schließlich wirkt sich der Konflikt in Kosovo auch auf Bosnien und Herzegowina negativ aus, da jede Diskussion über eine Teilung des Kosovo erneut das Verlangen serbischer und kroatischer Extremisten nach einer Spaltung Bosnien und Herzegowinas wecken kann.

Schlußfolgerungen

- ▶ Es darf kein Zweifel aufkommen, daß sich die USA und die EU in der Einschätzung und weiteren Behandlung der Kosovo-Frage vollkommen einig sind. Für viele albanische Akteure in Kosovo steht fest, daß Washington eher bereit ist, die Unabhängigkeit der Provinz zu unterstützen, um sich ein für die USA zur Zeit zweitrangiges Problem vom Hals zu schaffen. Für die EU, die im Rahmen ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik mehr und mehr die Verantwortung für die Friedenspolitik auf dem Balkan übernimmt, wäre eine durch Gewalt erzwungene Lösung eine empfindliche politische Niederlage, die zweite nach ihrem Versagen zu Beginn der jugoslawischen Nachfolgekriege in den neunziger Jahren.
- ▶ Die verantwortlichen Kosovo-Politiker müssen ihren Bekenntnissen zu einem multiethnischen Kosovo auch Taten folgen lassen, indem sie nach der verbalen Verurteilung der Vorgänge die Untersuchung der März-Gewaltausbrüche einschließlich der Festnahme der Verantwortlichen nachhaltig unterstützen. Dies schließt die immer wieder

angemahnte Hilfestellung bei der Aufdeckung und Auflösung der Verbindungen zwischen Politik und kriminellen Strukturen ein.

- ▶ Belgrad steht vor der Wahl zwischen EU-Annäherung und nationalem Populismus. Zum EU-Beitritt bekennen sich alle Politiker im sogenannten demokratischen Lager, auch Koštunica. Diese Haltung sollte sich bereits vor den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in Serbien in den Positionen der Parteien dokumentieren – zum Beispiel durch die Nominierung eines gemeinsamen Kandidaten, der den sonst aussichtsreichen Vertreter der extremen Nationalisten besiegen könnte.
- ▶ Die Internationale Gemeinschaft muß ihre Aufmerksamkeit verstärkt auf die schwierige wirtschaftliche und soziale Situation im Kosovo richten, auf beiden Seiten des Ibar-Flusses. Eine sozial und wirtschaftlich frustrierte Bevölkerung ist extrem anfällig für Populismus und Extremismus.
- ▶ Unerlässlich ist eine stärkere aktive Hilfestellung der Internationalen Gemeinschaft bei der Verwirklichung der Demokratie-Standards, insbesondere in Anbetracht der von den Kosovo-Albanern immer wieder artikulierten Ablehnung des Konzepts.
- ▶ Die Frage des endgültigen Status des Kosovo darf nicht überhastet beantwortet werden. Es kommt nur eine Lösung in Betracht, der beide Konfliktparteien zustimmen.
- ▶ Andererseits sollte mit Belgrad über alle Möglichkeiten eines Ausgleichs für Konzessionen in der Kosovo-Status-Frage verhandelt werden. Das gilt um so mehr, als laut Umfragen ein Großteil der serbischen Bevölkerung in Serbien mittlerweile dem Kosovo gegenüber ziemlich indifferent geworden ist und die laufende Budget-Unterstützung für die Kosovo-Serben als zusätzliche Belastung der ohnehin schwierigen eigenen Lage ansieht.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2004
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364